

Paibacher Zeitung.



Nr. 102.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Mittwoch, 5. Mai.

Injectiongebür: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1880.

Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer Freitag, den 7. Mai.

Amtlicher Theil.

Erkenntnisse.

Das k. k. Oberlandesgericht im Königreiche Böhmen hat in Folge der Beschwerde der k. k. Staatsanwaltschaft unter Abänderung des Beschlusses des k. k. Kreisgerichtes als Preisgerichtes in Böhmen-Leipa vom 10. April 1880, Z. 1365 Stf., mit der Entscheidung vom 13. April 1880, Z. 11755, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „Abwehr“ Nr. 902 vom 7. April 1880 wegen des Heuilleton-Artikels „Der Finanzminister“ nach § 300 St. G. verboten.

Das k. k. Landesgericht in Brünn hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 24. April 1880, Z. 5810, die Weiterverbreitung der in Budapest erscheinenden Zeitschrift „Der Volksbote“ Nr. 7 vom 18. April 1880 wegen der Artikel „Rußland in Oesterreich“ und „Die Brünnner Staatsanwaltschaft als freiwilliger Mitarbeiter unseres Blattes“ nach § 300 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreichischer Reichsrath.

20. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 3. Mai.

Präsident Graf Trauttmansdorff eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Am Ministerische: Taaffe, Korb-Weidenheim.

Der Präsident theilt mit, daß er seit der letzten Sitzung am 27. März die Ehre gehabt habe, mit den beiden Vicepräsidenten von Sr. k. und k. Hoheit dem Kronprinzen Erzherzog Rudolf in Audienz empfangen zu werden und demselben die Glückwünsche des hohen Hauses aus Anlaß der Verlobung Sr. k. und k. Hoheit darzubringen.

Es gelangen hierauf die Einläufe zur Verlesung: Durch eine Zuschrift des Ministerpräsidenten wird das Ableben des Herrenhausmitgliedes Abtes Liebich vom Stifte Tepl amtlich notificiert. Der Herr Ministerpräsident zeigt ferner die Berufung der neuernannten Kirchenfürsten Metropolit Morariu Andriewicz, Fürstbischof Della Bona und Fürstbischof von Leiß in das Herrenhaus, sowie den im Reichs-Finanzministerium vorgegangenen Personenwechsel an.

Der Gesetzentwurf über den Bau der Arlbergbahn wird in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf, betreffend Bestimmungen über die Entbehrlichkeit der Legalisierung gewisser Unterschriften auf Tabularurkunden und über Erleichterungen des Beweises der Identität einer Person bei Legalisierungen und anderen Beurteilungen, referiert Freiherr v. Hye. Die Commission theilt die Vorlage in drei abgeordnete Abschnitte. In erster Linie schlägt die Commission vor, über den Beschluß des Abgeordnetenhauses, betreffend die Abänderung der §§ 31 und 64 des allgemeinen Grundbuchsgesetzes vom 25ten Juli 1871, zur Tagesordnung überzugehen.

Graf Leo Thun findet die Gründe der Commission unansehnlich, den Bericht derselben jedoch gebührend. Er möchte vermeiden, daß in der Bevölkerung der Eindruck entstehe, das Herrenhaus sei gegen die Klagen über den Legalisierungszwang gleichgiltig.

Dr. Unger spricht für den Commissionsantrag und vertheidigt die ursprüngliche Regierungsvorlage einzuführenden Erleichterungen gegen die dagegen erhobenen Einwürfe; er kritisiert den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Entwurf eingehend.

Nachdem noch Prinz Liechtenstein erklärt, für den Commissionsantrag stimmen zu wollen, obschon er mit demselben nicht völlig einverstanden sei, und Graf Leo Thun auf einige Bemerkungen Dr. Ungers antwortet, wird der Commissionsantrag angenommen.

Nächste Sitzung morgen.

86. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 3. Mai.

Präsident Graf Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministerische: Biemalkowski, Brauner, Conrab.

Abg. Müller (Tschöppern) interpelliert die Regierung wegen Einbringung eines neuen Berggesetzes.

Die Budgetdebatte wird bei der Post „Gewerbliche Fachschulen“ fortgesetzt.

Abg. Fr. Suez macht die Regierung aufmerksam auf die Nothwendigkeit eines Statuts für die gewerblichen Fachschulen. Abg. Wiesenburg wünscht, daß die Lehrer an den Gewerbeschulen besser honorirt und systemisirt werden. Er beantragt eine Resolution, betreffend die Belassung der gewerblichen Fachschulen im Ressort des Handelsministeriums. Abg. Mikyska findet das Hindernis für die weitere Entwicklung des gewerblichen Fachschulwesens in dem Mangel an einer einheitlichen Organisation und Leitung, sowie in den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln. Abg. Matscheko weist auf die Nothwendigkeit hin, das gewerbliche Fachschulwesen definitiv zu organisieren und die Fachschullehrer besser zu honorieren. Abg. Koska wünscht die Errichtung einer Holzschneiderschule in Ebensee. Abg. Dr. Weigel schließt sich der Resolution des Ausschusses an, wonach die gewerblichen Fachschulen auch weiterhin im Ressort des Handelsministeriums verbleiben sollen.

Bei der Abstimmung wird nach dem Ausschussantrage für gewerbliche Fachschulen der Betrag von 220,800 fl. in das Budget eingestellt.

Zu der Resolution, welche die Errichtung von Fachschulen nach vorhandenem Bedürfnisse ausspricht, nimmt Abg. Dr. Hallwisch das Wort und spricht sich dagegen aus, daß bei Errichtung der Fachschulen nationale Rücksichten den Ausschlag geben sollten. Es müsse lediglich das Bedürfnis maßgebend sein.

Abg. Ritter v. Obentraut unterstützt die vorgeschlagene Resolution und lenkt die Aufmerksamkeit des Handelsministers auf das Confectionsgeschäft im Erzgebirge und wünscht, daß auch die Uhrenindustrie daselbst eingeführt werden soll.

Der Specialreferent Abg. Ritter von Gompertz weist ziffermäßig nach, daß die gewerblichen Fachschulen in der kurzen Zeit ihres Bestandes vortreffliche Resultate ergeben haben, und daß die Klagen, welche man in betreff der nicht genügenden Erfolge dieser Lehranstalten erhoben habe, nicht gerechtfertigt seien. Bei der Abstimmung wird die Resolution des Ausschusses mit dem Amendement Wiesenburg angenommen.

Zu der Post „Ausstellungen“ 4000 fl. spricht Abg. Wiesenburg und unterstützt die nachträgliche Bewilligung von 10,000 fl. für die Ausstellung in Melbourne. Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Zu Titel 2 „Generalinspection der österreichischen Eisenbahnen“ spricht Abg. Ritter von Kozlowski und beantragt folgende Resolution: „Die hohe Regierung werde aufgefordert, das Geeignete zu veranlassen, damit jene Zugeständnisse, welche von den Eisenbahnverwaltungen in betreff von Frachten für das Ausland gemacht werden, auch für den Transport inländischer Frachten gewährt werden.“ Diese Resolution wird unterstützt und für die Generalinspection der Betrag von 265,000 fl. bewilligt.

Zu Titel „Nachdienst“, 386,600 fl., richtet Abg. Dr. Banhans an die Regierung die Anfrage, ob ihr die im Nachdienst bestehenden Uebelstände bekannt seien, und ob Hoffnung sei, daß dieselben beseitigt werden.

Nachdem Regierungsvertreter Sectionschef Arnt diesbezügliche Auskünfte gegeben, werden die Anträge des Ausschusses sammt der bezüglichen Resolution auf Einführung von Erleichterungen im Nachdienste angenommen.

Zu Titel „Post- und Telegraphen-Betrieb“ spricht Abg. Dr. Hofner und beantragt folgende Resolution: Die Regierung wird aufgefordert: 1.) das Briefbestellgeld bei nicht-ärarischen Postanstalten aufzuheben, 2.) Correspondenzkarten mit bezahlter Rückantwort einzuführen, 3.) die Postanweisungen auf England, Spanien, Portugal und die Türkei auszudehnen, 4.) Postpaket-Freimarken für Frachten und Geldsendungen bei Franco-Aufgaben einzuführen.

Abg. Hausner wünscht Abstellung des Mißverhältnisses, welches zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Telegraphen-Betriebe in einzelnen Ländern, namentlich aber in Tirol besteht. Es könnten dort, wo wenig zu thun, durch Personal-Verminderung gegen 25,000 fl. jährlich erspart werden. Abg. Friedr. Suez wünscht im Interesse der Kaufmannschaft billigere Tarife für Paketsendungen.

Abg. Andr. Hofner tritt den Ausführungen des Abg. Hausner bezüglich Tirols entgegen und betont,

daß derselbe jedenfalls die durchlaufenden Depeschen nicht in Rechnung gezogen habe. Uebrigens steige der Fremdenverkehr in Tirol von Jahr zu Jahr, so daß eher eine Vermehrung als Verminderung des Telegraphenpersonals nothwendig erscheine. Redner stellt schließlich den Antrag: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, zum Zwecke der ehemöglichsten Vereinigung der Post- und Telegraphendirection sowie der ärarischen Post- und Telegraphenämter die nöthigen Einleitungen zu treffen.“

Nachdem der Specialreferent Abg. v. Czedit die Anträge des Ausschusses vertheidigt, wurden für das Postgefäll 14,400,000 fl. und für die Telegraphenanstalt 3,538,700 fl. eingestellt.

Zu der vom Ausschusse beantragten Resolution, betreffend die Beschränkung der Portofreiheiten und die Vereinigung der ärarischen Post- und Telegraphenämter, nimmt das Wort Abg. Dzarkiewicz. Derselbe spricht für die gleichartige Behandlung aller Länder in betreff des Post- und Telegraphenwesens. Bei der Abstimmung wird die erste Resolution angenommen, die zweite Resolution mit dem Amendement des Abg. Andr. Hofner dem Budgetausschusse zugewiesen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittags.

Wien, 2. Mai.

XXX Der Gesetzentwurf über die Militärtaxe beschäftigte auch in seiner gestrigen Sitzung das Abgeordnetenhaus, welches zu den vom Ausschusse diesfalls gestellten sachlichen Vorfragen Stellung nehmen mußte. Die Regierung hatte in dieser Frage ein doppeltes Interesse wahrzunehmen, nämlich einerseits, daß der Entwurf überhaupt, und zwar so rasch als möglich, ohne allzu tief eingreifende Aenderungen zum Gesetze werde, und andererseits, daß dies in einer Weise geschehe, durch welche die mit der ungarischen Reichshälfte diesfalls getroffenen Vereinbarungen nicht tangiert würden. Da nun nach diesen beiden Richtungen die Ausschussanträge keine erheblichen Schwierigkeiten schufen, so erklärte Minister Dr. Biemalkowski die Zustimmung der Regierung zu diesen Anträgen. Das in dieser Zustimmungserklärung liegende Entgegenkommen der Regierung, welche eben nur das angestrebte Resultat, nämlich das baldige Zustandekommen des Gesetzes in seinen hauptsächlichsten, mit Ungarn vereinbarten Principien ins Auge faßt, ohne in Details und in der minder wesentlichen Form hartnäckig auf ihrer ursprünglichen Vorlage zu bestehen, ist außerordentlich schätzenswert, da durch dieselbe die zahlreichen erheblichen Schwierigkeiten, an denen die Vorlage zu scheitern drohte, aus dem Wege geräumt sind und nunmehr die Annahme des vom Ausschusse binnen acht Tagen neuerlich vorzuliegenden Entwurfes als gesichert betrachtet werden kann.

Die erwähnte Erklärung der Regierung wurde, da deren eben bezeichnete Motive klar zutage lagen, von den Anhängern, sowie von den Gegnern der Regierung sehr beifällig aufgenommen. Auch noch einen weiteren, und zwar großen Erfolg hatte die Regierung in der gestrigen Abgeordnetenhausung zu verzeichnen, und dieser zweite Erfolg galt dem Auftreten des Handelsministers Freiherrn von Korb, der in der Specialdebatte über das Budget des Handelsministeriums zum Schlusse der Sitzung das Wort ergriff, um in einer nach Inhalt und Form gleich bedeutenden, geradezu glänzenden Rede eingehend auf die längeren Ausführungen mehrerer Abgeordneten zu antworten und zugleich in großen Zügen jene Gesichtspunkte anzudeuten, die in den wichtigsten Fragen der Handels- und Eisenbahn-Politik für den Minister maßgebend sind. Freiherr von Korb, der bekanntlich seinen Gegenstand bis ins kleinste Detail beherrscht und der überdies auch ein äußerst schlagfertiger, redegewandter Debatter ist, hatte gestern einen ganz besonders glücklichen Tag. Er sprach, obwohl offenbar ganz unvorbereitet, da er sämtlichen Rednern sofort erwiderte, mit großer Verbe und überlegener Sachkenntnis und dabei doch in einem überaus sympathischen, nach allen Seiten concilianten und gewinnenden Tone. Seine Ausführungen riefen wiederholt lebhaften, mehrmals sogar stürmischen Beifall hervor, an welchem sich — eine in diesem Hause ganz ungewöhnliche Erscheinung — sämtliche Parteien ausnahmslos beteiligten.

Heute vormittags fand im Bureau des Präsidenten Grafen Coronini eine Conferenz der Club-Obmänner des Abgeordnetenhauses (Sturm, Plener, Kieger, Grocholski und Hohenwart) statt, welcher auch Ministerpräsident Graf Taaffe beiwohnte. Es wurde die Frage des Abschlusses der Reichsrathsverhandlungen und das Arbeitsprogramm besprochen, wobei sich alle Anwesenden in der Ansicht begegneten, dass die Session nicht über Pfingsten hinaus dauern solle. Falls es aber nicht möglich wäre, am 15. d. M. schließen zu können, so sollen die Beratungen des Abgeordnetenhauses sofort nach den beiden Pfingstfeiertagen fortgesetzt werden, weil in diesem Falle voraussichtlich nur mehr ein oder zwei Sitzungstage erforderlich sein werden. Außer dem Staatsvoranschlage sollen noch die Verträge mit den auswärtigen Staaten (Handelsvertrag mit Deutschland, Elbe-Schiffahrtsacte, Eisenbahn-Convention mit Serbien), das Militärtar-Gesetz, ferner die oberösterreichischen Großgrundbesitzer-Wahlen und einige kleinere Vorlagen (betreffend das Darlehen an die Dux-Ostegger Kohlenwerksbesitzer, die Begünstigungen für das Anlehen der Etich-Regulierungs-Genossenschaft u. s. w.) erledigt werden. Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses werden von Dienstag an bereits um 10 Uhr vormittags beginnen und bis 4 Uhr dauern. Von der Abhaltung von Abend Sitzungen wurde mit Rücksicht auf die Abneigung gegen dieselben unter den Mitgliedern des Hauses Umgang genommen. Man hofft auch ohne Abend Sitzungen bis zum 15. d. M. fertig zu werden, wenn man sich auf allen Seiten bei den noch bevorstehenden Debatten auf ein gewisses Maß einschränkt. Um dies zu erreichen, beschloßen die Club-Obmänner, in ihren Clubs dahin zu wirken, daß weitläufige Debatten vermieden werden und daß zu den einzelnen Verhandlungs-Gegenständen womöglich nur jene Abgeordnete das Wort ergreifen, welche Anträge zu stellen haben.

Der Handelsvertrag mit Deutschland und das Veredlungsverfahren.

Montag wurde im Abgeordnetenhaus der Motivenbericht zu den Regierungsvorlagen, betreffend die Verlängerung des provisorischen Handelsvertrages mit Deutschland und betreffend die Regelung des Veredlungsverkehrs mit Deutschland im Verordnungswege, vertheilt. Der Bericht enthält eine historische Darstellung der Verhältnisse, welche den Abschluss des provisorischen Vertrages im Dezember 1879 notwendig machten, sowie eine detaillierte Motivierung der einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages, welcher nunmehr auf ein weiteres Jahr verlängert worden ist.

Der zweite Abschnitt des vorliegenden Motivenberichtes ist eine höchst interessante pragmatische Darstellung der Entwicklung, welche der Veredlungsverkehr mit Deutschland seit seinen ersten Anfängen genommen hat. Der Bericht führt eine Reihe bisher unbekannter Ziffern ins Feld, durch welche die große Streitfrage gelöst werden soll, ob die Vortheile des Veredlungsverkehrs überwiegend auf Seite Oesterreichs oder Deutschlands vorhanden seien. Es wird also zunächst die Mengenbewegung des Veredlungsverkehrs dargestellt. Nach dem Durchschnitt der Jahre 1875 bis 1878 wurden veredelt in Oesterreich-Ungarn Garne 28,938 und Gewebe 4773 metrische Centner, in Deutschland Garne 3813 und Gewebe 39,489 metrische Centner. Somit ergibt sich, daß Oesterreich-Ungarn vorwiegend Garne aus Deutschland in Verarbeitung nimmt, und zwar beziffert sich sein Activaldo mit 25,125 metrischen Centnern, wogegen Deutschland hauptsächlich Gewebe aus Oesterreich bezieht, um sie veredelt zu liefern wieder nach Oesterreich zurückzuführen, und zwar beziffert sich sein diesfälliges Activaldo mit 34,716 metrischen Centnern. Man würde indes zu Fehlschlüssen gelangen, wenn man aus den bloßen Mengenverhältnissen der in den beiden Nachbarstaaten veredelten Garne und Gewebe sich ein Urtheil über die wechselseitigen Vortheile in diesem Verkehre bilden wollte. Der Motivenbericht geht deshalb auf die einzelnen Arten des Veredlungsverkehrs ein und sucht in einer Reihe von Tabellen die durchschnittliche Menge der Garne und Gewebe nach dem Gesichtspunkte statistisch zu erfassen, welche Arbeit auf dieselben in dem einen oder dem anderen Staate verwendet wurde.

Was zunächst den Veredlungsverkehr mit Garnen betrifft, so ergibt sich aus den statistischen Daten des Motivenberichtes, daß in den letzten normalen Jahren im ganzen nur 4000 bis 5000 metrische Centner Leinengarne und 6000 metrische Centner Baumwollgarne verwebt wurden; diese Ziffern stellen den effectiven Stand unserer Handweberei für auswärtige Rechnung dar. Der Bericht führt aus, daß nicht bloß infolge der Einschränkung, welche diese Art von Appreturverkehr seitens Deutschlands im letzten Jahre erfahren hat, sondern auch aus allgemein wirtschaftlichen Gründen infolge der Concurrenz der mechanischen Webstühle die Zukunft dieses Webverkehrs höchst problematisch erscheine. 11,357 metrische Centner beträgt die Menge des zum Bleichen bei uns eingeführten Leinengarnes, 1640 metrische Centner das zum Färben eingeführte und 1453 metrische Centner das zum Treiben eingeführte Garn. Der Motivenbericht zieht aus diesen

Daten die Folgerung, daß der Veredlungsverkehr in Garnen einen bloßen Grenzverkehr bildet. Die Regierung ist der Ansicht gewesen, daß dieser Grenzverkehr, als im beiderseitigen Interesse der Nachbarstaaten gelegen, unbeschränkt aufrecht zu erhalten sei.

Anderer verhalte es sich mit dem Veredlungsverkehr von Geweben. Von den 38,842 metrischen Centnern Baumwollwaren und Wollenwaren, welche in Deutschland veredelt werden, entfallen 21,493 metrische Centner oder 55 Procent auf Baumwollwaren, welche zum Bedrucken nach Deutschland gelangen und im kauffertigen Zustande von dort zollfrei zum Consum nach Oesterreich-Ungarn importiert werden. Weitere 10,250 metrische Centner = 26 Procent werden zum Färben nach Deutschland gebracht mit der gleichen Bestimmung, wovon 4793 metrische Centner Wollenwaren und die übrigen 5457 metrische Centner Baumwollwaren sind. Der Motivenbericht folgert aus diesen und einer Reihe weiterer statistischer Daten, daß zunächst der Veredlungsverkehr zum Bedrucken von Baumwollgeweben eine Anomalie in der Zollgesetzgebung darstellt, welche in dem einen Worte zusammenzufassen ist, daß wir lediglich die Halbfabrikate bis zur Stufe des rohen Gewebes schützen und dagegen das Finalproduct, die Veredlung durch Druck und Farbe, der Concurrenz des Auslandes preisgeben.

Der Motivenbericht kommt auf diesem Wege zu der Folgerung, daß der Veredlungsverkehr zum Bedrucken nothwendig abzuschaffen sei. Für die Periode des Ueberganges, welche der Motivenbericht mit anderthalb Jahren in Aussicht nimmt, ist eben der bekannte Appretur Zoll eingeführt worden. Zu ganz gleichen Schlüssen kommt der Motivenbericht bezüglich des Veredlungsverkehrs mit Geweben zum Färben. Auch hier erachtete die Regierung die Einführung eines Appreturzolles mit 14 fl. per 100 Kilo als das entsprechende Mittel, um die Aufhebung dieses Veredlungsverkehrs vorzubereiten. Der Bericht constatirt, daß schon unter dem Regime dieses Uebergangszolles neue, allen technischen Anforderungen entsprechende Färbereien in Oesterreich entstanden sind. Was den Veredlungsverkehr mit Geweben zum Bleichen und zur Appretur betrifft, so hält die Regierung, soweit es sich nicht um einen eigentlichen Grenzverkehr handelt, die Aufhebung dieses Veredlungsverkehrs für geboten, und zwar aus ähnlichen principellen Gründen, wie sie rücksichtlich des Bedruckens und Färbens auseinandergesetzt wurden; von der Einführung eines besonderen Uebergangszolles glaubte die Regierung absehen zu können.

Vorgänge in England.

Ueber die Zusammensetzung des neuen englischen Cabinetes spricht sich nunmehr in der Londoner Tagespresse eine nahezu allgemeine Befriedigung aus. Die „Daily News“ meinen, weder das Parteivorurtheil noch die Voreingenommenheit enttäuschter Parteigenossenchaft werde viel an den administrativen Ernennungen Mr. Gladstones aussetzen können. Sogar die „Morning-Post“ läßt Mr. Gladstone die Gerechtigkeit widerfahren, bei der Bildung seiner Regierung den gerechten Ansprüchen seiner früheren Collegen Rechnung getragen zu haben. Er habe nicht umhin gekonnt, denselben einige jüngere Parteimitglieder, welche das radicale Element vertreten, beizugesellen. Sir Charles Dilke und Mr. Chamberlain seien zweifelsohne Leute, die sich im letzten Parlamente hervorgethan und von einem neuen Premierminister nicht gut hätten ignoriert werden können. Beide seien fähige Männer für eine hervorragende Stellung in der Regierung und von viel größerem Nutzen innerhalb des Rauberkreises, als außerhalb desselben. Der „Daily Telegraph“ bemerkt, daß die legitime Befriedigung der Radicals nur durch beharrliche Festigkeit erlangt worden sei, was die Partei voraussichtlich nicht aus dem Gedächtnis verlieren werde. Die „Ball Mall Gazette“ selber erklärt endlich, Mr. Chamberlains Eintritt in das Cabinet habe allseitig befriedigt. Sein Einfluss in der Partei sei so groß, sein energischer, entschlossener Charakter so fest begründet, daß selbst von seinen Gegnern nur wenige ihm seine Ernennung mißgönnten dürften.

Unter den Vorlagen für die in London neu beginnende Parlamentssession wird sich dem „Standard“ zufolge eine Begräbnisbill befinden. Die beabsichtigte Einbringung einer Bill zur Neuvertheilung der Parlamentssitze soll indes verschoben werden, bis die Ergebnisse der Volkszählung von 1881 vorliegen.

Die Spaltung unter den Homerulern scheint sich immer kritischer gestalten zu wollen. Parnell und sein Anhang haben beschlossen, sich von der liberalen Partei gänzlich zu trennen und im Unterhause Sitze auf der Oppositionsseite einzunehmen. Infolge dessen haben denn auch im Parlamente die Deputierten Finigan und O'Donnell ihre alten Plätze zur Linken des Sprecherstuhles eingenommen, während Mr. Shaw, das Haupt der gemäßigten Homeruler, sich mit seinen Anhängern auf der liberalen oder ministeriellen Seite niedergelassen hat.

Der in Northampton gewählte Republikaner Mr. Bradlaugh hat an den Sprecher des Hauses ein Schreiben gerichtet, in welchem er gegen die Ableistung des gewöhnlichen Eides Einwendungen erhebt und an-

nehmbare Modificationen in Vorschlag bringt. Der Sprecher hat Herrn Bradlaugh mitgetheilt, daß es nur in der üblichen Weise veredelt werden könne. Es steht daher zu erwarten, daß, wenn dem Abgeordneten für Northampton der übliche Eid abverlangt werden wird, derselbe die Ableistung verweigern und das Haus über die Angelegenheit zu entscheiden haben wird.

Bezeichnend für den englischen Formalismus liest sich folgender Bericht über die am 1. d. M. erfolgte Einführung des neugewählten Sprechers des Parlaments: Das Oberhaus trat am 1. d. M. um 2 Uhr zusammen. Bald darauf erschienen die königlichen Commissäre auf ihren Plätzen. Der Träger des schwarzen Stabes wurde abgeschickt, um die Gemeinen nach dem Hause zu entbieten. Bei seinem Eintreffen war Mr. Brand, der neuerwählte Sprecher, von einer großen Anzahl von Mitgliedern des Unterhauses begleitet. Mr. Brand sagte: Ich habe Euer Herrlichkeit zu benachrichtigen, daß in Gehorsam Ihrer Majestät Befehle Ihrer Majestät getreueste Gemeinen in Ausübung ihrer unbestreitbaren Rechte und Privilegien die Wahl eines Sprechers vorgenommen haben und deren Wahl auf mich selbst gefallen ist. Ich stehe nunmehr in Person vor Ihren Schranken und unterwerfe mich in aller Unterthänigkeit Ihrer Majestät huldvoller Bestätigung.

Der Lordkanzler erwiderte: Mr. Brand, wir sind beauftragt, Sie zu versichern, daß Ihre Majestät von Ihrem Eifer für den öffentlichen Dienst und von Ihrer vollständigen Zulänglichkeit für die Ausübung der mühevollen Pflichten, mit denen Dero getreue Gemeinen Sie betraut haben, so sehr durchdrungen ist, daß sie auf das bereitwilligste Sie als deren Sprecher anerkennt und bestätigt.

Mr. Brand: Ich unterwerfe mich in aller Unterthänigkeit und Dankbarkeit Ihrer Majestät huldvollem Befehle. Es liegt mir nunmehr ob, im Namen und Auftrage der Gemeinen des Vereinigten Königreiches deren gesammte unbestreitbare Rechte und Privilegien zu beanspruchen. Ich bitte Ihre Majestät unterthänigst um Redefreiheit in der Debatte, um Schutz vor Haftnahme ihrer Diener und eigenen Personen und vor allem um die Freiheit des Zutrittes zur Königin, wenn Umstände dies erheischen, so wie um günstigste Deutung aller ihrer Handlungen. Was mich selber betrifft, so bitte ich, falls ein Irrthum begangen wird, derselbe mir selber und nicht Ihrer Majestät getreuesten Gemeinen zur Last gelegt werde.

Der Lordkanzler: Herr Sprecher, wir sind ferner beauftragt, Ihnen mitzutheilen, daß Ihre Majestät bereitwilligst alle Rechte und Privilegien anerkennt, welche den Gemeinen je von ihren königlichen Vorgängern gewährt worden sind. Betreffs Ihrer selbst, mein Herr, wird Ihre Majestät, obschon sie wohl weiß, daß Sie einer derartigen Zusicherung nicht bedürftig sind, Ihren Worten und Thaten allezeit die günstigste Deutung zutheil werden lassen. — Der Sprecher zog sich hierauf zurück.

Tagesneuigkeiten.

(Aufhebung der österreichisch-ungarischen Consularämter in Bosnien.) Die österreichisch-ungarischen Consularämter in Bosnien und der Herzegovina wurden durch eine kürzlich erlassene ministerielle Verordnung angewiesen, ihre Wirksamkeit einzustellen und ihre Agenden den dortigen Landesbehörden zur Beforgung im eigenen Wirkungskreise zu übergeben. Infolge dessen werden die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen nach erfolgter Uebergabe der Consularagenden an die Landesbehörden in allen ihren Justiz- und politischen administrativen Angelegenheiten gleich den Landesangehörigen nach den im Lande bestehenden Vorschriften behandelt werden, und die bosnische Landesregierung erhielt daher den Auftrag, die bei den betreffenden Consularämtern anhängig verbliebenen Rechtsfachen, Verlassenschaften, Vormundschaften und etwaige unerledigte geschäftliche Stücke den zu ihrer Beforgung mehr competenten Behörden zu überweisen und die interessierten Parteien hievon entsprechend zu verständigen.

(Brand des Theaters in Temesvar.) Ueber den Brand des Temesvarer Theaters berichtet die „Tem. Btg.“: „Freitag abends, als das Publikum gerade das Theater verließ, bemerkten einige Personen eine Flamme, die aus dem Dachstuhl emporstieg, und gleichzeitig sah das zurückgebliebene Billeteur- und Arbeitspersonal, daß, trotzdem die Gasflammen soeben abgedreht worden waren, vom Schnürboden her eine ungewöhnliche Helle sichtbar wurde. Kaum hatten die Leute noch Zeit, sich auf die Straße hinaus zu retten, als die Flamme in riesigen Garben aus allen Luken hervorbrach und bald der Dachstuhl in ein einziges großes Feuermeer gehüllt war. Es war zehn Uhr abends, als die ersten Spuren des Feuers sichtbar wurden, daß das eine Viertelstunde später war es unzweifelhaft, daß das Gebäude unrettbar verloren war. Die Flamme verzehrte nicht bloß den Dachstuhl, sondern brannte an mehreren Stellen auch durch und bald bildete der ganze innere Raum einen wallenden und kochenden Feuerherd, in dessen Nähe es unmöglich war, auch nur einige Minuten auszuhalten. Als die Feuersbrunst diese Dimen-

nionen annahm, begann die Delogierung der Bewohner des Hotelgebäudes sowol als auch des Matri'schen Hauses, die sich nicht sicher fühlten. Viele Bewohner des Hotelgebäudes, in welchem sich auch zahlreiche Privatwohnungen befinden, wurden von der Gefahr in ihrem Bette überrascht und vermochten nichts als das nackte Leben zu retten. Man sah auf der Straße herzerreißende Gruppen der Angst und eines plötzlichen Endes. Kleine Kinder wurden in Pöster und Decken gewickelt fortgetragen, Kranke wankten, unterstützt von liebenden Armen, davon, und hie und da sah man ein Bündel schleppen, das die von der Feuerbrunst Ueberraschten blindlings zusammenrafften, während sie ihre sonstigen Habseligkeiten der Günst des Zufalls überlassen mußten. Zum Glück gelang es später, den Brand auf das Theater zu isolieren, so daß das Hotel mit Ausnahme einiger kleineren Beschädigungen gerettet wurde. Gegen 11 Uhr hatte das Feuer seinen Höhepunkt erreicht; die Flammen schlugen in riesigen Säulen zum Himmel empor, der Funkenregen wurde immer dichter und gefährlicher und eine unheimliche Glut hatte sich über die ganze Stadt gelagert. Um diese Zeit war es, als durch den Funkenregen auch das Gras auf den Schanzen nächst dem Peterwardeiner Thore zu brennen anfieng und das Militär Vorkehrungen zum Schutze des Zeughauses traf. Ein Bataillon Soldaten war aufgeboden worden, um dieses prächtige Gebäude, das ehemalige Schloß des großen Hungady, zu schützen. Ueber die Entstehungsurache des Brandes sind die Ansichten getheilt. Während nämlich die einen behaupten, das Feuer sei im Malersaale entstanden, geben wieder andere der Ansicht Ausdruck, es sei im Maschinenraume unter der Bühne entstanden. Das Theatergebäude war bei der Assuranz-Gesellschaft „Donau“ auf 250,000 fl. versichert, doch dürfte der Schaden an Decorationen und sonstigen mobilen Theatereinrichtungen ein nicht unbedeutender sein. Was die Wiederaufbauung des Theaters anbelangt, so ist die österreichische Bodencredit-Anstalt im Sinne der Verträge der Gründerlogen-Inhaber verpflichtet, dasselbe innerhalb dreier Jahre wieder aufzubauen oder den Gründern ihre Rechte abzulösen.“

Locales.

Aus der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Fortf.)

3.) Die k. k. Landesregierung theilt mit den Erläss des h. k. k. Ministeriums des Innern, nach welchem sich dasselbe unter Darlegung der Gründe bestimmt gefunden hat, die Einfuhr amerikanischer Schweinefleischwaren dormalen nicht zu verbieten, hingegen angeordnet, dahin zu wirken, daß jene Organe, welchen die sanitäts- und marktpolizeiliche Beaufsichtigung der Fleischwaren überhaupt obliegt, den in Verkehr gebrachten Erzeugnissen aus Schweinefleisch, insbesondere den als amerikanische declarirten oder als solche nachgewiesenen Fleischwaren, eine verschärfte Aufmerksamkeit zuwenden und eine mikroskopische Untersuchung derselben auf Trichinen veranlassen, um der aus dem Genuße trichinenhaltigen Fleisches erwachsenden Gefährdung der Gesundheit zu begegnen. Gleichzeitig wurde darauf aufmerksam gemacht, daß zum Schutze gegen diese Gefahren der Gesundheit nur eine entsprechende Behandlung des Schweinefleisches durch Einsalzen und gehöriges Kochen und Braten, bei welcher die Hitze bis in die innersten Schichten dringt, sich als wirksam bewährt hat. Schließlich werden diejenigen Gewerksleute, welche Schweinefleischwaren zum Verkaufe bringen, vor dem Bezuge amerikanischer Schweinefleischwaren gewarnt.

4.) Das k. k. Kreisgericht in Rudolfswert gibt bekannt die Bestätigung der Wiederwahl der Handelsleute in Rudolfswert Josef Dgoreuz, Valentin Oblak und Adolf Bauer zu Beisitzern des Handelsrates des Kreisgerichtes in Rudolfswert.

5.) Die Zuschrift der k. k. Finanzdirection für Krain mit der Mittheilung, dem Ansuchen der Bewohner Krainburgs um Mautbefreiung nicht entsprechen zu können.

6.) Der Tarif der k. k. chemisch-physiologischen Versuchstation für Wein- und Obstbau zu Klosterneuburg bei Wien. (Liegt im Kammerbureau zur Einsicht auf.)

7.) Der nachstehende, vom hohen k. k. Handelsministerium mitgetheilte Erlaß: „Der österreichische Ingenieur- und Architektenverein hat „Bestimmungen für die einheitliche Lieferung und Prüfung von Portland-Cement“ verfaßt und dieselben dem Ministerium vorgelegt. Das Ministerium des Innern hat diese Bestimmungen vom technischen Standpunkte einer Prüfung unterziehen lassen, wobei dieselben als vollkommen zweckentsprechend befunden und demgemäß ihre Annahme und eventuelle Durchführung in den vorkommenden Fällen als höchst wünschenswert bezeichnet. Mit Rücksicht auf dieses Gutachten wurden sämmtlichen Länderstellen mit Druckexemplaren dieser Bestimmungen unter der Aufforderung theilt, sowohl die eigenen technischen Departements als auch die technischen Organe der Bezirkshauptmannschaften mit dem Auftrage davon in Kenntniß zu setzen, auf diese Bestimmungen, so weit sie auf die Prüfung von Port-

land-Cement Bezug haben, in vorkommenden Fällen entsprechend Bedacht zu nehmen. Im gleichen Sinne werden die dem Handelsministerium unterstehenden technischen Organe angewiesen.“

Mit Rücksicht darauf, daß es hienach für die Erzeuger von Portland-Cement von Wert sein dürfte, von dem die Prüfung desselben betreffenden Theile der gedachten Bestimmungen Kenntniß zu erhalten, so wie in Anbetracht des weiteren Umstandes, daß Absatz I dieser Bestimmungen über die Verpackungsweise, das Collogewicht und Etikettierung von Portland-Cement Normen aufstellt, deren allgemeine Durchführung im Handel mit diesem Artikel als wünschenswert bezeichnet werden kann, fand sich das k. k. Handelsministerium unter Zusendung eines Druckexemplars dieser Bestimmungen veranlaßt, die Kammer zu ersuchen, hierauf die interessierten Kreise aufmerksam zu machen. Indem die Kammer diesem Auftrage nachkommt, bemerkt sie gleichzeitig, daß von den besagten Bestimmungen im Kammerbureau Einsicht genommen werden kann.

(Fortsetzung folgt.)

— (Ankunft des Landespräsidenten.) Der Herr Landespräsident Andreas Winkler ist gestern früh mit dem Sitzzuge aus Wien in Laibach eingetroffen.

— (Ritter von Kallina.) Der Herr Statthalter Ritter von Kallina befindet sich dem Vernehmen nach, durch sein noch nicht ganz behobenes Unwohlsein zurückgehalten, noch immer in Wien. Frau Anna von Kallina hat sich aus diesem Anlasse schon vor längerer Zeit zu ihrem erkrankten Gemahl nach Wien begeben.

— (Laibacher Schießstand.) Sonntag, den 2. d. M., fand auf dem hiesigen k. k. priv. Schießstande das festliche Eröffnungsschießen zur Feier der Verlobung Sr. k. k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf statt. Trotz der äußerst ungünstigen Witterung hatten sich zahlreiche Laibacher Schützen und von den geladenen Schützengästen Mitglieder des Littauer Schießstandes unter Führung ihres Oberschützenmeisters, Herrn Bezirkshauptmannes Dr. Ritter v. Besteneck, eingefunden. Das Schießen wurde von morgens acht Uhr bis in den Abend sehr lebhaft fortgesetzt. An Se. k. k. Hoheit den Kronprinzen wurde anlässlich dessen Verlobung ein Glückwunsch-Telegramm vom Oberschützenmeister im Namen der Laibacher Rohrschützengesellschaft abgesandt, worauf nach kurzer Zeit folgendes Antwort-Telegramm einlangte: „Se. kaiserliche Hoheit der Kronprinz danken Ihnen und den versammelten Schützen für die Ihnen hoch erfreuenden Glückwünsche zu Höchsteiner Verlobung. Graf Bombelles.“ Bei Kundmachung dieses Telegramms erscholl ein dreimaliges kräftiges Hoch auf den Kronprinzen. Das Schützenfest beehrten durch ihren Besuch der Herr Hofrath Dr. Ritter v. Schöppel-Sonnwalden als Vertreter der k. k. Landesregierung, der Militär-Stationcommandant Herr Oberst Michalik als Vertreter des geladenen Officierscorps der Garnison und der Herr Bürgermeister Anton Laschan. Um 12 Uhr mittags war gemeinsames Schützenmahl im Hotel „Europa“, wobei auch ein mit lebhaftester Zustimmung begrüßter Toast auf Se. k. k. Hoheit den Kronprinzen ausgebracht wurde. — Was den eigentlichen Schießersfolg betrifft, so wurden im ganzen 2433 Schüsse abgegeben, und wurden auf der Felbscheibe 10,074 Kreise — durchschnittlich 8 Kreise per Schuss — und auf der Standscheibe 4681 Kreise — durchschnittlich 3⁸/₁₀ Kreise per Schuss erzielt. Die Beste wurden von folgenden Schützen gewonnen: auf der Felbscheibe: B. Gallé (85), Emerich Mayer (85), Aug. Tschinkl (78); auf der Standscheibe: J. Mathian (88 Sc.), H. Ranzinger (122 Sc.), J. Benari (175 Sc.).

— (Anordnungen im Verkehrsinteresse.) Mit 1. d. M. wurden seitens des Laibacher Stadtmagistrates alle am Duai hinter dem sogenannten Bürgerplatzgebäude etablirten Kaffee-Ausshänker und Schuhverkäufer, sowie die verschiedenen Händler mit anderen Waren abgeschafft und damit sowohl Raum in dieser sehr frequenten Straße geschaffen als auch der Stadtverschönerung Rechnung getragen. Desgleichen besitzen am Marienplaz vor der Franciscanerkirche gegenwärtig nur mehr zwei sehr alte Debitlerinnen das Recht, ihre die Passage sehr hindernden Stände daselbst aufzustellen. Sobald erstere absterben, soll auch dieser Platz vollständig freigemacht werden.

— (Schülerconcert.) Wir machen nochmals auf das heute um halb 8 Uhr abends im landschaftlichen Redoutensaale stattfindenden Concert der Böglinge an der Musik- und Gesangsschule der philharmonischen Gesellschaft aufmerksam. Der Zweck des Concertes ist, die Unterrichtserfolge der Gesellschaftsschule der Oeffentlichkeit vorzuführen, der Besuch desselben steht daher jedermann unentgeltlich frei.

— (Erledigte Stellen.) Beim Laibacher Stadtmagistrate wird ein theoretisch und praktisch gebildeter Techniker als Aushilfsingenieur auf die Dauer des Bedarfes gegen halbjährige gegenseitige Kündigung mit der Jahresbestallung von 1000 fl. aufgenommen. Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche bis längstens 15. Juni d. J. beim Magistrate einzubringen. — Das k. k. Landesgericht in Laibach sucht einen Dolmetsch für die italienische und einen für die ungarische Sprache

mit dem Rechte zum Bezuge der normalmäßigen Gebühren im jeweiligen Verwendungsfalle. Der Bewerbungstermin um diese Stellen ist bis 30. Mai d. J. ausgeschrieben.

— (Oscillierende Wasserräder.) Wir haben kürzlich mitgetheilt, daß dem Herrn Carl Korren in Planina für eine von ihm erfundene neuartige Construction oscillierender Wasserräder von den beiderseitigen Handelsministerien ein ausschließliches Privilegium für Oesterreich-Ungarn auf die Dauer eines Jahres verliehen wurde. Ueber das Wesen und den technischen Vortheil dieser neuen Construction nun geht uns von einem Fachmanne folgende erläuternde Darstellung zu: „Was die bisherigen ober-, mittel- und unterschlächtigen Wasserräder oder Turbinen anbelangt, so sind dieselben allgemein bekannt, weshalb sich eben die neu erfundenen Schaukelräder (Oscillationsräder) von den verschiedenen Abarten, das ist entweder ganzen Rädern oder auch nur Bruchtheilen eines solchen, je nachdem es das Gefälle zuläßt, sowohl in der Construction als auch durch die oscillierende Bewegung unterscheiden. Ebenso ist es jedem Fachmanne bekannt, daß von allen oberwähnten Rädern die oberschlächtigen Wasserräder am allerwenigsten Betriebskraft erfordern, daß dieselben jedoch nur bei größerem Gefälle anwendbar sind, wogegen die oscillierenden Wasserräder für jedes Gefälle geeignet sind und auch weniger Betriebswasser erfordern, weil nämlich beim oberschlächtigen Wasserrade durch die Centrifugalkraft wie auch durch den beständigen Zufluss viel Wasser (mithin auch Betriebskraft) unnützerweise in Verlust geht, wogegen das Oscillationsrad das Betriebswasser nicht verschleudert, sondern sogar auch den Zufluss durch die sogenannte Steuerung (wie bei den Dampfmotoren) unterbricht, wodurch eben das Betriebswasser erspart und mit größtem Effect ausgenützt wird, was man sonst mit gar keinem anderen, wie immer construirten Wasserrade erzielen kann. Die oscillierenden Wasserräder sind daher nicht nur für kleinere Flüsse von höchster Wichtigkeit, sondern auch bei größerem Wasserzuflusse bezüglich der Leistungsfähigkeit unerseßbar. Daß man mit größerem Gefälle auch größere Vortheile erreicht, ist selbstverständlich.“

— (Schadenfeuer.) Ein dem Grundbesitzer Georg Lampe in Schwarzenberg gehöriges, unweit der Ortschaft Stermez im politischen Bezirke Voitsch liegendes Stallgebäude wurde durch ein am 22. v. M. gegen 4 Uhr nachmittags daselbst ausgebrochenes Feuer zum Theil eingeeäschert, wodurch der Besitzer einen auf 300 fl. bewerteten Schaden erlitt. Das Gebäude war bei der Grazer wechselseitigen Anstalt mit 100 fl. versichert. Da dasselbe knapp an der Straße erbaut ist und vor der Thür trockenes Laub aufgehäuft war, so vermuthet man, daß das Feuer durch ein von einem Vorübergehenden, unvorsichtig weggeworfenes glimmendes Bündelholzchen verursacht worden ist.

— (Gemeindevahl.) Bei der kürzlich stattgefundenen Wahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Dane im politischen Bezirke Gottschee wurden Anton Zobec von Dane zum Gemeindevorsteher, Josef Mihelic von Dane und Thomas Klun von Sojowiz zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Entscheidung.) Der Verwaltungsgerichtshof hat in Folge einer Beschwerde seitens einer Salzburger Firma erkannt, daß Mahnbriefe stempelfrei sind, wiewohl wiederholt ungestempelte Briefe dieser Art von den Steuerbehörden als stempelplichtig behandelt und mit Geldstrafen belegt worden sind.

— (Dehka-Josefthal.) Am 2. d. M. fand in Graz unter dem Vorsitze des Präsidenten Herrn Eyz und in Anwesenheit von 31 Actionären, welche 1005 Stimmen repräsentierten, die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Actiengesellschaft „Dehka-Josefthal“ statt. Der vom Centraldirector Herrn A. Lenk vorgetragene Rechenschaftsbericht constatirt, daß die Ergebnisse der Papierindustrie im abgelaufenen Jahre nicht so günstig waren als im Jahre 1878. Die Ursachen dieses weniger günstigen Geschäftsganges sind in den wesentlich schlechteren Absatzverhältnissen, in den gesunkenen Preisen, namentlich für geringere Papiersorten, und in der durch nothwendige Reparaturen herbeigeführten theilweisen Betriebseinstellung in der Fabrik Josefthal zu suchen. Die Jahresproduction der Papierindustrie betrug im abgelaufenen Jahre 53,666 Metercentner Papier und 10,046 Metercentner Holzstoff (im Jahre 1878 56,369 Metercentner Papier und 6651 Metercentner Holzstoff). Die Verkaufssumme erreichte die Höhe von 2,337,166 fl. gegen 2,551,605 fl. im Vorjahre. Exportirt wurden Waren im Werte von 1,096,489 fl. Nach Abschlag der statutenmäßigen Abschreibungen für die Abnutzung der Gebäude, Maschinen und Utensilien beziffert sich das Betriebsergebnis der Fabrik auf 224,365 fl. gegen 279,772 fl. im Jahre 1878. Der Geschäftsgang im ersten Quartale des laufenden Jahres und die im Zuge befindlichen Geschäfte berechtigen zu der Erwartung, daß im nächsten Jahre günstigere Ergebnisse zu verzeichnen sein werden. Das Gesamtertragniß der Druckindustrie, welches in den letzten Jahren fortwährend zunahm, wurde durch die gedrückten Preise bei einigen größeren Lieferungen etwas beeinträchtigt. Dasselbe beläuft sich auf 49,946 fl. gegen 52,338 fl. im Vorjahre. Den in den früheren Rechenschaftsberichten erwähnten Steuerrecursen ist von den

Finanzbehörden theilweise Folge gegeben worden; es hat sich die Steuerleistung für das vorige Jahr um circa 3000 fl. reducirt, und wurden für die Steuern 52,000 Gulden eingestellt.

Nachdem der Präsident ein übersichtliches Bild der Geschäftslage und deren Entwicklung seit dem Bestande der Gesellschaft gegeben, wurde der Bericht genehmigt und dem Verwaltungsrathe über Antrag des Directors Sz. das Absolutorium ertheilt. Die Versammlung beschloß weiters über Antrag des Verwaltungsrathes, von dem Reingewinne per 145,247 fl., respective nach Abzug des ausbezahlten Jännercoupons per 57,520 fl., von dem Reste mit 87,727 fl. zur Ergänzung der fünfprocentigen Dividende am 1. Juli 6 fl. per Actie, das sind 86,280 fl., auszubezahlen und den inclusive des Gewinnfaldis vom Jahre 1878 betragenden Rest von 10,835 fl. auf neue Rechnung vorzutragen. Die vom Verwaltungsrathe vorgeschlagenen Statutenänderungen wurden mit einigen vom Regierungsrathe Ritter von Schreiner vorgeschlagenen und vom Verwaltungsrathe acceptierten Amendements angenommen. Ueber Antrag des Herrn Dr. Moriz v. Schreiner wurde der Verwaltungsrath ermächtigt, allfällige, von der Regierung gewünschte Modificationen der beschlossenen Statutenänderungen vorzunehmen. In den Verwaltungsrath wurden schließlich die Herren Albin Vent und Jakob Vent wieder- und an Stelle der Herren Martin Počvar und Valentin Besčko die Herren Dr. Badnik und Dr. Moriz Ritter v. Schreiner neugewählt. Zu Revisoren wählte die Versammlung die steiermärkische Escomptebank und die Herren Moriz v. Fröhlich und Franz Riech, zu Ersatzmännern die Herren Hajek, Dr. Schloffer und Emerich Mayer.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Berlin, 4. Mai. Der Reichstag nahm in dritter Lesung das Socialistengesetz mit 191 gegen 94 Stimmen an. Haffelmann wurde zur Ordnung gerufen, weil er erklärte, die deutschen Arbeiter seien gezwungen, das nämliche zu thun, wie die russischen Anarchisten.

Rom, 4. Mai. Die Wahlcollegien wurden einberufen. Der beigezeichnete Bericht verweist auf die Verhinderung der dringenden Kammerarbeiten durch die Opposition. Die Regierung wird die Wahlen nicht beeinflussen, erwartet aber von den Wählern die Entsendung einer notwendigen einmüthigen Kammermajorität, die der Regierung eine wirksame Autorität verleiht; das Cabinet ist einig in der baldigen Aufhebung der Wahlsteuer und Erweiterung des Wahlrechtes. Die dem Ministerium freundlich gesinnten Deputierten bereiten ein Manifest vor und ernennen ein Wahl-Actionscomitè. Ein Circular des Justizministers an die Gerichtsbeamten anerkennt deren Rechte, als Bürger nach ihrem Gewissen zu wählen, empfiehlt ihnen jedoch als Beamten die Enthaltung von der Wahlagitacion.

Wien, 4. Mai. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses nahm unverändert die österreichisch-deutsche Uebereinkunft, betreffend die Verlängerung des Handelsprovisoriums bis 30. Juni 1881, an. Inbetreff des Veredlungsverkehrs wurde mit 13 gegen 10 Stimmen die Resolution Szbarys angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, unbeschadet des Grenzverkehrs dafür zu sorgen, dass mit 30. Juni 1881 der bisher bestehende Veredlungsverkehr aufgehoben werde.

Wien, 4. Mai. Im Fortschrittclub wurde gestern ein Antrag des Grafen Wurmbbrand, betreffend die Regelung der Landesprachen in Staat, Schule und Kirche auf Grund des § 19 des Staatsgrundgesetzes eingebracht und zum Beschlusse erhoben. Der Fortschrittclub wird sich bezüglich dieses Antrages mit dem Club der Liberalen ins Einvernehmen setzen.

Börsebericht.

Wien, 4. Mai. (1 Uhr.) Die Börse war bei ziemlich lebhaftem Geschäft in sehr günstiger Disposition. Namentlich waren Prioritäts-Obligationen beinahe aller Kategorie zu steigenden Preisen gesucht.

Table with multiple columns listing market data: Grundentlastungs-Obligationen, Actien von Banken, Actien von Transport-Unternehmungen, Franz-Joseph-Bahn, Galizische Carl-Ludwig-Bahn, etc. Includes sub-sections for Wechsel, Geldsorten, and Pfandbriefe.

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 73 15 bis 73 25. Silberrente 73-70 bis 73-80. Goldrente 89-20 bis 89-30. London 119-15 bis 119-30. Napoleons 9-49 bis 9-49 1/2.

Prag, 3. Mai. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung theilte der Bürgermeister mit, dass das belgische Königspaar im Juni nach Prag kommen werde. Es wurde ein Fünfzehner-Comité eingesetzt, welches die Festvorbereitungen zum Empfange der hohen belgischen Gäste und später zum Empfange des Kronprinzenpaares treffen soll.

Berlin, 3. Mai. (W. Allg. Ztg.) Wie gemeldet wird, hat auf ausdrückliche ärztliche Anordnung vorläufig der Kanzler das Erscheinen im Reichstag aufgegeben.

Stuttgart, 3. Mai. Der „Staatsanzeiger“ meldet: Die Trauung der Herzogin Pauline von Württemberg mit dem Doctor Willim von Breslau fand am 1. Mai in Karlsruhe (Schlesien) statt. Der König von Württemberg glaubte der bestimmt ausgesprochenen Neigung der Herzogin nicht entgegenzutreten zu sollen und ertheilte unter näherer Regelung der Verhältnisse seine Einwilligung als Oberhaupt des königlichen Hauses. Die Herzogin verzichtet auf Namen und Stellung als Prinzessin des königlichen Hauses und hat den Namen „v. Kirchbach“ angenommen.

Rom, 3. Mai. Die Parteien bereiten sich zum Wahlkampfe vor. Die neue conservative Partei will gleichfalls einige der Ihrigen als Candidaten aufstellen. Das aus Crispi, Nicotera und Zanardelli bestehende Comité veröffentlicht ein Manifest an die Deputierten der Linken, welche am 29. April gegen das Cabinet stimmten. Das Manifest zählt 51 Unterschriften; es setzt die Gründe auseinander, welche das Votum vom 29. April bestimmten, erklärt die Traditionen der Linken durch die Politik des Ministeriums verkannt und fordert die Wähler auf, von den Candidaten der Linken ein klares und offenes Programm und eine entschlossene liberale Politik zu verlangen. Das Manifest schließt mit dem Wunsche nach Ausöhnung mit jenen Freunden der Linken, welche für das Ministerium votierten.

Constantinopel, 3. Mai. Eine heute der Pforte übergebene Collectivnote der Botschafter besagt: Nachdem die Antwort der Pforte auf die erste Collectivnote bezüglich der montenegrinischen Angelegenheit nicht zufriedenstellend war, so fordern die Botschafter auf Befehl ihrer Regierungen die Pforte auf, in bestimmter Weise binnen kurzer Frist bekanntzugeben, ob sie entschlossen ist oder nicht, die in regelwidriger Art geräumten Punkte wieder zu besetzen, um dieselben in Gemäßheit der jüngsten Convention an Montenegro zu übergeben.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 4. Mai.

Papier-Rente 73-15. — Silber-Rente 73-75. — Gold-Rente 89-30. — 1868er Staats-Anlehen 130-25. — Bankactien 84-0. — Creditactien 280-0. — London 119-15. — Silber —. — K. f. Münz-Ducaten 5-61. — 20-Franken-Stücke 9-48 1/2. — 100-Reichsmark 58-65.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Rudolfswert, 3. Mai. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte wie folgt:

Table with 4 columns: Item, fl., kr., Item, fl., kr. Lists prices for various goods like Weizen, Korn, Gerste, etc.

Verlosung. Graf Keglevich-Lose. Bei der am 1. d. M. in Budapest vorgenommenen 38. Verlosung des gräflich Keglevich'schen Lotterien-Anlehens vom 10. September 1847 per 670,000 Gulden in Conventions-Münze fiel der Haupttreffer mit 10,000 fl. auf Nr. 20513 und der zweite Treffer mit 1500 fl. auf Nr. 163; ferner gewannen je 500 fl.: Nr. 35510 und 45025; je 200 fl.: Nr. 5575 17481 und 65341; je 100 fl.: Nr. 2837 10690 18630 21709 und 52298; je 50 fl.: Nr. 5733 18695 25783 28481 50539 und 53337; je 30 fl.: Nr. 3592 11301 11518 13462 37369 45886 49668 52737 57595 und 64861.

Angekommene Fremde.

Am 4. Mai.

Hotel Stadt Wien. v. Angermayer Caroline f. Tschern; Kreml f. Familie; Wawrzynsky, Lang, v. Gregorio, Schweinburger und Herling, Kaufleute, Wien. — Mordaz, Agent, Trieste. — Osmanel, Schönbach. — Sarawisch, Commis, Ungarn. — Wohlmut, Tuchfabrikant, Brünn. — Walz, Kfm., Weillbrunn. Hotel Elephant. Graf Nichtenberg, Untertraun. — Treun, Goldsm., Obertraun. — Mobic, Pendorf. — Steffin, Weidberg. — Klepal, Kfm., Prebiz. — Hidra, Kfm., Trieste. Hotel Europa. Bades, L. f. Untersuchungsrichter, sammt Frau, Feistritz. — Bösching, Commis, Marburg. — Perrin, Privat, Karlsbad. Baierischer Hof. Berghauel, Bergbeamter, Littai. — Komathar, Bettau. Kaiser von Oesterreich, Janczic Ferd., Wien. Mohren. Fitz Emilie, Fabricsleiters-Gattin, und Zeiza The- resia, Kleidermacherin, Laibach. — Grasic Kath. und Baberle, Mägde, Feistritz.

Verstorbene.

Den 3. M a i. Adolf Pregel, Maschinenheizerssohn, 16 Jahre, Petersstraße Nr. 70, Atrophie.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl des Schmelzes, Niederschlag in Millimetern. Includes data for 7, 8, and 9 May.

Regen anhaltend mit nur geringen Unterbrechungen. Das Tagesmittel der Wärme + 11-8°, gleich dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Vom tiefsten Schmerze gebeugt, gibt der Unterzeichnete den Verwandten, Freunden und Bekannten hiemit Nachricht, dass nach den unergründlichen Rathschlüssen Gottes seine innigstgeliebte Gattin, Frau

Jenny Kreč,

geboren in Prag am 26. Februar 1833, nach langer Kränklichkeit und nach schließlichem schweren Leiden nach 12tägiger Behandlung im allgemeinen Krankenhause zu Wien am 1. Mai d. J. um 6 Uhr abends aus diesem Leben geschieden ist.

Die irdische Hülle der theueren Verbliebenen wird Dienstag, den 4. d. M., vormittags 10 Uhr in der Leichentafel des allgemeinen Wiener Krankenhauses eingesegnet, sodann nach Laibach in die Todtentafel auf dem Friedhofe zu St. Christoph überbracht und von dort aus Donnerstag, den 6. Mai, um 5 Uhr auf dem Laibacher Friedhofe feierlich zur ewigen Ruhe befristet werden.

Die heil. Seelenmessen für die Verstorbene werden am 7. und 24. Mai um 8 Uhr in der Domkirche zu St. Nicolaus gelesen werden.

Die zu früh Dahingeshiedene wird dem frommen Gebete und einer liebevollen Erinnerung empfohlen.

Wien am 2. Mai 1880.

Der trauernde Gatte Matthäus Kreč, landchaftlicher Secretär.